

Presseinformation

17.04.2015

Ankommen und Weiterkommen

Konferenz „Recht – Bildung – Migration.
Das Menschenrecht auf Bildung im Kontext von Migration und Integration“
23. und 24. April 2015
Universität Hildesheim

Programm:

<http://zbi-uni-hildesheim.de/konferenz-recht-bildung-migration/>

Deutschland hat sich durch die Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention zur Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung verpflichtet. Doch der Rechtsanspruch und die Wirklichkeit klaffen oft auseinander, sagt Professorin Kirsten Scheiwe. Häufig sprechen wir von der Notwendigkeit, zugewanderte Menschen durch Bildung zu integrieren. Das klingt erstmal plausibel, so Professorin Viola Georgi. „Die Menschen kommen als Newcomers in ein neues Land und die Bildungseinrichtungen machen entsprechende Angebote, damit sie sich schnell integrieren können.“ Dazu gehören etwa Sprach- und Integrationskurse, Weiterbildungsangebote und interkulturelle Schulentwicklung. Die Realität sehe aber vielerorts anders aus, sagt Georgi. „Kinder und Jugendliche aus Einwandererfamilien – insbesondere die mit einer Flüchtlingsgeschichte – stoßen auf strukturelle und rechtliche Barrieren, die diskriminierend wirken, ihr Recht auf Bildung einschränken und damit ihre Bildungsteilhabe erschweren.“ Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien warten oft mehrere Monate auf einen Schulplatz. Alle Kinder aus Flüchtlingsfamilien, auch Jugendliche und junge Erwachsene benötigen einen Anspruch auf Sprachförderung, fordert die Sozialrechtlerin Kirsten Scheiwe.

An der Universität Hildesheim diskutieren am 23. und 24. April 2015 Fachleute über das **Recht auf Bildung und seine Umsetzung in Deutschland** sowie über den Bildungserfolg von Migrantenkindern, der auch vom Rechtsstatus abhängt. Es werden etwa 160 Fachleute aus Wissenschaft und Praxis erwartet, darunter auch Studierende, Flüchtlinge und zivilgesellschaftlich Aktive aus Bremen, Hildesheim und Berlin. „Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass es dringend notwendig ist, konsequent weiter an der Herstellung von Chancengleichheit in der deutschen Migrationsgesellschaft zu arbeiten“, sagt die Hildesheimer Erziehungswissenschaftlerin Viola Georgi.

Im Schwerpunkt „Ankommen und Weiterkommen“ sprechen Forscher am Freitagnachmittag mit jungen Flüchtlingen, dem Flüchtlingsrat Niedersachsen und mit einer Schulleiterin einer Hildesheimer Grundschule. Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, äußert sich

Isa Lange
Pressesprecherin

Stiftung
Universität Hildesheim
Universitätsplatz 1
31141 Hildesheim

Fon: 05121.883-90100
Mobil: 0177.860.5905
E-Mail: presse@
uni-hildesheim.de
www.uni-hildesheim.de

zum Thema und diskutiert mit Nurjana Arslanova, die die Hälfte ihres Lebens im Flüchtlingslager verbracht hat und keine Ausbildung beginnen durfte, nun macht sie ihr Fachabitur. Hannes Schammann, Juniorprofessor für Migrationspolitik, moderiert das Panel. Die Teilnahme an dieser öffentlichen Diskussion am Freitag, 24. April 2015, um 14:00 Uhr ist ohne Anmeldung möglich. Die Plätze an den weiteren Programmpunkten der Konferenz sind begrenzt, eine Teilnahme ist noch vereinzelt nach Anmeldung möglich (Email: presse@uni-hildesheim.de).

Zur Konferenz laden das „Zentrum für Bildungsintegration – Diversity und Demokratie in Migrationsgesellschaften“ und das Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim in Kooperation mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und dem Deutschen Institut für Menschenrechte ein. Auf der Konferenz spricht Professor Heiner Bielefeldt, Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen für Religions- und Weltanschauungsfreiheit und Inhaber des Lehrstuhls für Menschenrechte der Universität Erlangen-Nürnberg über Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft. Die Dokumentarfilmerin Jutta Neupert zeigt den Dokumentarfilm **„Familien auf der Flucht – von Syrien nach Deutschland“**.

In Hildesheim – wo auch der Flüchtlingsrat Niedersachsen seinen Sitz hat – haben Mitglieder der Universität Hildesheim gemeinsam mit dem Verein Asyl e.V. zum Sommersemester eine Initiative ins Leben gerufen, um **Flüchtlinge in ihren Bildungswegen zu unterstützen**. Die Studentin Vanessa Gauer vom „Anker-Peer-Programm“ der Uni begleitet gemeinsam mit weiteren Kommilitonen die Studierenden mit Fluchterfahrung. Die Studentinnen zeigen den Flüchtlingen in Campusführungen die Universität, bilden Tandems, um die Alltagssprache zu lernen, kennen Unterstützungsprogramme und stellen den Kontakt zu Lehrenden her. Die Studieninteressierten unter anderem aus Afghanistan, Syrien und Sudan haben sehr unterschiedliche Lebensläufe und Bildungsabschlüsse.

Medienkontakt:

Interessierte Redaktionen werden gebeten, sich bis zum 22. April kurz anzumelden (Pressestelle der Uni Hildesheim, Isa Lange, 05121.883-90100 und 0177.8605905, presse@uni-hildesheim.de). Bei Interesse stellt die Uni-Pressestelle Kontakt zu Forschern und Studierenden mit Fluchterfahrung her.

Programm der Konferenz und Kurzinformatio zu den Vortragenden als PDF:

www.uni-hildesheim.de/media/presse/2015_Konferenz_Uni_Hildesheim_Recht_auf_Bildung.pdf